

Calmer Tagblatt

Nr. 5

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Mt., Familienanzeigen 30 Mt., Kleinanzeigen 150 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9.

Montag, den 8. Januar 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 630 Mt. monatlich, Postbezugspreis 639 Mt. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Ueber den Zusammenbruch der Pariser Konferenz werden in der öffentlichen Meinung aller beteiligten Staaten natürlich ausführliche Besprechungen angestellt. In der französischen Presse wird erklärt, daß jetzt Frankreich allein vorgehen werde, daß es aber so handeln werde, wie wenn es im Einverständnis mit allen Alliierten handeln würde. Die englische Presse wendet sich zwar gegen die französische Gewaltmaßnahmen, stellt aber zugleich fest, daß das gesonderte Vorgehen Frankreichs die Freundschaft zwischen beiden Staaten nicht beeinflussen werde. Wenn Bonar Law Herrn Poincaré Erfolg (1) zu seinem Unternehmen wünscht, dann genügt das für die Beurteilung der Haltung Englands. Dieselbe Haltung nimmt auch Amerika ein, man zieht sich vor der Verantwortung zurück, macht eine moralische Gebärde, und überläßt Deutschland seinem Schicksal. Unsere stets vertretene Auffassung, daß weder England noch Amerika, wenn sie nicht durch eine Aenderung der außenpolitischen Konstellation in ihrem eigenen Interesse dazu gezwungen werden, Frankreich an seiner Zertrümmerungspolitik hindern werden, denn das Ziel der angelsächsischen Kriegspolitik war doch die Vernichtung Deutschlands. Interessant wird die nächste Sitzung der Reparationskommission sein, die darüber entscheiden soll, ob sie die bisherigen Verfehlungen d. h. die Einstellung der Barzahlungen und Sachleistungen als böswillige Verfehlungen hinzukommen den Mut hat, nachdem sowohl von neutralen Sachverständigen wie von dem englischen Mitglied der Reparationskommission eine Zahlungsunfähigkeit Deutschlands festgestellt worden ist.

Der Abbruch der Pariser Konferenz hat sofort auch auf die Verhandlungen in Lausanne eingewirkt. Die Türken wissen wohl, daß wenn man den Franzosen freie Hand gegenüber Deutschland läßt, die Engländer die Unterstützung Frankreichs im Orient erwarten, und deshalb halten sie auch, wie der Präsident der Nationalversammlung in Angora erklärte, an allen Forderungen fest, die geeignet sind, die türkische Souveränität im eigenen Lande wieder herzustellen.

Das Reparationsproblem.

Nach der Pariser Konferenz.

Das französische Aktionsprogramm.

Paris, 6. Jan. Der „Newport Herald“ gibt von dem Programm, das die französische Regierung im Anschluß an die erwartete Feststellung der deutschen Verfehlung in der Kohlenlieferungsfrage durchzuführen gedenkt, eine Darstellung, in der es heißt: Nachdem die Reparationskommission der französischen Regierung ihren mit Stimmenmehrheit oder einstimmig gefaßten Beschluß über die Verfehlung Deutschlands mitgeteilt haben werde, werde das französische Kabinett sofort zusammentreten, die Absichten Frankreichs formell notifizieren und gleichzeitig seine Alliierten zur Mitwirkung auffordern. Die Notifikation werde an sämtliche Alliierten einschließlich Englands gehen, eine Abschrift wahrscheinlich auch an die Vereinigten Staaten und daneben werde Deutschland mitgeteilt werden, daß Frankreich und wenigstens auch Belgien, — hinsichtlich Italiens bestünden noch einige Zweifel —, zur Beschlagnahme der Forsten im Rheinland und zur Besteuerung der Kohle schreiten und in jedes Zollamt im Ruhrgebiet und an den Grenzen des Rheinlands französische Beamte zur Einziehung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe einsetzen würden. Deutschland werde aufgefordert werden, diese Maßnahmen zu unterstützen und von seiner Haltung werde der Umfang der militärischen Vorkehrungen abhängen, die Frankreich bei der Durchführung dieses Planes treffen werde. An einem bestimmten Tage, der, wie man annehme, zunächst für Mitte der nächsten Woche angelegt sei, würden sich mehrere tausend französische Beamte einschließlich eines Stabs von Ingenieuren auf die für sie bestimmten Posten in den Forstverwaltungen, Bergwerksdirektionen und Zollämtern begeben. Sie würden von französischen Truppenabteilungen begleitet sein, die für ihren Schutz zu sorgen und Streiks und Unruhen zu verhindern hätten. Die hierfür erforderliche Truppenzahl werde nichtamtlich auf 7500 Mann geschätzt. Die Truppen würden aus dem Düsseldorf-Dreieck herausgezogen werden, wo die Bevölkerung der Franzosen längere Zeit keine Sorgen gemacht

habe. Im Rheinland und entlang der französischen Grenze seien indessen insgesamt 280 000 Mann verfügbar, falls die vorgesehenen Maßnahmen auf ernste Schwierigkeiten stoßen sollten. Zum Beweis ihrer Solidarität mit den Franzosen hätten die Belgier hinsichtlich dieses Vorgehens eine kleine Vertretung im Hauptquartier für jede Truppenbewegung zugelassen, aber auch die belgischen Divisionen in Aachen sollten verstärkt werden, um gegebenenfalls als Reserve zu dienen. Sollte die Reparationskommission am 15. Januar, wenn diese Maßnahmen im Gange wären, beschließen, Deutschland auf Grund des von Poincaré aufgestellten Systems produktiver Garantien, gegen die England Einwendungen gemacht habe, ein Moratorium zu gewähren, dann würden die oben genannten französischen Maßnahmen neben dem Moratorium einhergehen. Für den Augenblick jedoch betrachte man das Moratorium und die Pfandnahme als unabhängig voneinander.

Poincaré bereitet die Sanktionen vor.

Paris, 8. Jan. Ministerpräsident Poincaré verhandelte gestern mit dem aus Lausanne eingetroffenen französischen Delegierten Barrère, ferner mit dem Minister für öffentliche Arbeiten, Le Troquer. — Nach dem „Temps“ handelt es sich bei der zweiten Besprechung um die Prüfung technischer Fragen bei der Ausführung von gegen Deutschland zu ergreifenden Sanktionen. (1)

Paris, 7. Jan. Der „Matin“ teilt mit: Gestern Nachmittag ist unter dem Vorsitz Millerands eine wichtige Beratung abgehalten worden, an der Poincaré, Kriegsminister Maginot, der Minister für öffentliche Arbeiten, Le Troques, und Marschall Foch teilnahmen. Die Sitzung, die über drei Stunden dauerte, hat die Durchführung der am Vormittag im Ministerrat beschlossenen Maßnahmen zum Gegenstand gehabt.

Frankreich giebt vorläufig keine Erklärungen über seine Absichten.

Paris, 7. Jan. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß alle Meldungen über die Absichten Frankreichs gegenüber Deutschland, die veröffentlicht wurden, reine Mutmaßungen darstellen. Die französische Regierung habe den Alliierten ihre Absichten mitgeteilt, aber es sei nicht angängig, Auskünfte oder Dementierungen zu bringen. Sie werde sich sicherlich solange als nötig die Freiheit vorbehalten, ihr Programm festzusetzen und ihre Stunde zu wählen.

Belgische Vorbereitungen für die Besetzung des Ruhrgebiets.

Paris, 7. Jan. Der Brüsseler Korrespondent des „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß Belgien an der Besetzung Essens teilnehmen werde, falls diese nach der Feststellung der deutschen Verfehlung als erste Maßnahme in Betracht komme. Auch der Berichterstatter des „Deure“ meldet, daß die Besetzung Essens durch französische und belgische Truppen erfolgen werde.

Paris, 7. Jan. Das „Journal“ glaubt behaupten zu können, daß die belgische Regierung für alle Fälle Vorkehrungen für die Einberufung einer Jahresklasse der Miliz treffe. Schon vor drei Monaten habe die belgische Regierung bei jungen Ingenieuren angefragt, ob sie bereit seien, die Leitung der Fabriken im Ruhrgebiet zu übernehmen. Die Antwort habe bejahend gelautet.

Reparationskommission u. französische Regierung.

Paris, 7. Jan. „Le Nouvelle“ teilt mit, daß während die Reparationskommission über die Anhörung eines deutschen Vertreters in der Frage der Kohlenlieferungen verhandelte, die Minister im Elysee eine Sitzung abgehalten haben. Gut unterrichtete Leute seien der Ansicht, daß jetzt der Augenblick der unwiderruflichen Entscheidung gekommen sei. Der allgemeine Eindruck sei, daß man jetzt auf den Gedanken der technischen Besetzung verzichtet habe. — An anderer Stelle schreibt das Blatt, gewissen Informationen zufolge solle der Generalstab nicht für eine Teiloperation sein. Die wichtigsten in dieser Angelegenheit seien die Zivilpersönlichkeiten. Das vor einigen Tagen verkündete System der technischen Besetzung könne wegen materieller Schwierigkeiten als beendet gelten. Gleichzeitig wünsche die Reparationskommission ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Quai d'Orsay zu bekunden und ihre Absicht darzutun, gerecht und korrekt zu verfahren. Man dürfe aus ihrem Beschluß ableiten, daß auch in der Angelegenheit des Moratoriums und in der Frage der vom Reichsfinanzler Cuno auf Grund seiner ersten Verhandlungen mit den deutschen Industriellen vorgeschlagenen Pfänder Vertreter der deut-

schen Regierung gehört würden. Das Blatt hält es für möglich, daß der Unabhängigkeitsfinn der Reparationskommission ebenso günstige wie unerwartete Ergebnisse zeitigen wird. — Ueber den Verlauf des gestrigen Ministerrats schreibt das Blatt: Nach längerer Erörterung, in deren Verlauf die Absicht eines sofortigen Vorgehens geäußert wurde, stellte sich der Ministerrat auf Vorschlag Poincaré auf den Standpunkt, daß die Regierung, bevor sie Zwangsmaßnahmen durchführe, abwarten soll, bis die Reparationskommission die wiederholten Verfehlungen festgestellt hat. — Das Blatt schreibt: Wenn dieses Verfahren in französischem Sinne seinen Abschluß gefunden hat, wird dann der Plan der Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden? Am Dienstag soll ein neuer Ministerrat abgehalten werden, der sich wahrscheinlich zu dieser Angelegenheit nochmals wird zu äußern haben.

Die englische Auffassung.

Paris, 7. Jan. Der „Temps“ meldet, daß in der gestern früh stattgefundenen Sitzung der Reparationskommission Sir John Bradbury eine kurze Ansprache gehalten habe, in der er die Beobachtung des Vertrags und die Aufrechterhaltung der Rechte und Vollmachten der Kommission empfohlen habe. Der diplomatische Berichterstatter der Hanas-Agentur erzählt über die gestrigen Erklärungen Bradburys in der Reparationskommission, die nach seiner Ansicht einen neuen Beweis für die entgegenkommenden Absichten Englands bieten, Bradbury habe zunächst festgestellt, daß er am Dienstag von London aus die Vertagung der Verhandlungen über die Verfehlung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen, die auf den 3. Januar angelegt gewesen seien, verlangt habe, bis die verbündeten Regierung die Verhandlungen über die Reparationsfrage insgesamt beendet hätten. Dabei habe ihn die Absicht geleitet, die Auffassung der Regierungen nicht vorzugreifen. Heute, nachdem die Pariser Konferenz ergebnislos auseinander gegangen sei, sei die englische Delegation bereit, an allen Verhandlungen teilzunehmen. Bradbury wies im Anschluß hieran darauf hin, daß er seit Mitte 1922 mehrmals aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt angeboten habe, daß er jedoch auf Ersuchen des damaligen Kabinetts im Amte geblieben sei. Er legte ferner Wert auf die Bemerkung, daß die englische Delegation, wenn sie entgegen gewissen Gerüchten weiter in der Reparationskommission bleibe, nichtsdestoweniger von den Folgen derjenigen Beschlüsse abzuziehen gedenke, denen sie nicht beitreten werde, und daß sie in dieser Beziehung keinerlei Verantwortung zu übernehmen wünsche. Diese Auffassung ist übrigens, fügt der Berichterstatter hinzu, streng vertragsgemäß auf Grund des § 21 Anhang II, wonach keine der a. und a. Regierungen eine Verantwortung hinsichtlich einer anderen Regierung übernimmt. — Schließlich sprach Bradbury den Wunsch aus, es möchten die Beziehungen zwischen England und Frankreich sich bald wieder so gestalten, daß ein umfassendes Zusammenwirken möglich sei. — Barthou dankte Bradbury mit den Worten: Zwei Wanderer, die am Rande eines Waldes ankommen, können je nach ihrem Geschick der eine ihn umgehen, der andere ihn durchqueren. Darum kommen sie beim Ausgang aus dem Walde doch wieder zusammen. So wird es auch mit England und Frankreich sein.

Eine Bemerkung

des englischen Reparationsvertreters.

Paris, 7. Jan. Die „Chicago Tribune“ schreibt: In Paris macht eine Bemerkung Aufsehen, die Sir John Bradbury gemacht hat, als er gegen die Feststellung der deutschen Verfehlung in der Frage der deutschen Holzlieferungen sprach. Er bemerkte, daß, seit das Holzsperrverbot von Troja gebaut worden sei, Holz niemals zu einem abscheulicheren Zweck verwandt worden sei. Er erklärte den Vorschlag, die vorläufige Verfehlung Deutschlands festzustellen, für unbegründet, da die Kommission sich bereits früher damit einverstanden erklärt habe, daß die Angelegenheit geschäftsmäßig behandelt werde. — Die Bemerkung Bradburys wurde in Pariser amtlichen Kreisen allgemein bekannt.

Die Freundschaft zwischen England und Frankreich bleibt bestehen.

Paris, 6. Jan. Zur Lage schreibt das „Echo de Paris“: Bonar Law und Poincaré hatten gestern mittig am Nordbahnhof eine kurze Unterredung. Sie ist nicht unnütz gewesen, weil sie ihnen Gelegenheit gegeben hat, die schon am Vorabend ausgetauschten Versicherungen zu erneuern. Die Zusammenarbeit der beiden Länder ist auf dem Gebiete der deutschen Angelegenheiten unterbrochen; anderwärts besteht sie überall fort. Die beiden Regierungschefs haben ihren Willen kundgegeben, in

stetlich engem Kontakt zu bleiben. Beide sind davon überzeugt, daß sie, wenn sie auch hinsichtlich Deutschlands getrennt seien, doch bald wieder vereint sein würden. Der eine erwartet diese Wiedervereinigung von dem Mißerfolg des Unternehmens, das begonnen werden soll, der andere erhofft sie von dessen Erfolge.

Das wahre Gesicht Englands.

Paris, 6. Jan. Nach dem „Petit Parisien“ sagte Bonar Law, als er sich gestern von Poincaré verabschiedete: „Ich wünsche Ihnen höchst aufrichtig Erfolg. Denn wenn Sie keinen Erfolg hätten, würde die französische öffentliche Meinung sicher uns die Schuld beimessen. Sie würde glauben, daß die Dinge anders verlaufen wären, wenn wir Engländer mit ihnen gegangen wären. Diese Auffassung würde der Freundschaft beider Länder nur Abbruch tun, während wir doch beide wünschen, daß sie unverändert erhalten bleibt.“ — Also Herr Bonar Law wünscht dem französischen Gewaltstystem Erfolg!, er selbst will aber die Verantwortung für die Folgen einer etwaigen europäischen Katastrophe nicht tragen. Ganz angelsächsisch.

Eine Reparationsrede

des englischen Arbeiterführers Macdonald.

London, 7. Jan. Reuter zufolge hat der Arbeiterführer Ramsay Macdonald gestern in Cort-Talbot eine Rede über die Reparationsfrage gehalten, in der er sagte: Ich glaube, es ist zu hoffen, daß wir uns alle Klar machen, daß das Problem, welches wir jetzt zu lösen haben, von neuem in Angriff genommen werden muß. Wir sollen hier aber einen neuen Anfang machen angesichts der Tatsache, daß die französische Politik gegen uns stehen wird. Ich halte aber noch immer die Ansicht aufrecht, die die Arbeiterpartei vor drei Jahren verkündet hat: 1. Die Reparationssumme muß endgültig festgesetzt werden, 2. muß sie, sowohl hinsichtlich der Barzahlungen als auch der Sachlieferungen so sein, daß Deutschland sie leisten kann und daß die empfangenden Länder sie aufnehmen können, 3. sie muß nicht lediglich danach bemessen werden, was Deutschland jetzt leisten kann, sondern danach, was es bezahlen kann, wenn es sich nach Ablauf des notwendigen Moratoriums erholt hat. Schließlich müssen wir uns bei unserer Reparationspolitik um unsere eigenen nationalen Interessen mindestens kümmern und können sie nicht lediglich zu dem Zweck opfern, um das Bündnis mit Frankreich aufrechtzuerhalten.

Die französische Arbeiterchaft gegen die Gewaltpolitik.

Paris, 8. Jan. In Marseille und Toulouse haben gestern die sozialistische Partei, die Liga für Menschenrechte und der Allgemeine Gewerkschaftsbund Kundgebungen veranstaltet. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen eine Politik wendet, die auf die Zerstückelung Deutschlands und gegen das Recht der Völker, über sich selbst zu verfügen, gerichtet ist. In der Reparationsfrage und in der Frage der Ausföhrung des Friedensvertrags von Versailles soll ein Schiedspruch des Völkerbunds entscheiden.

Bergmann wieder in Berlin.

Berlin, 7. Jan. Wie die Blätter berichten, traf Staatssekretär Dr. Bergmann gestern Abend aus Paris hier ein. In einer Besprechung machte er dem Reichskanzler Mitteilungen über die Eindrücke, die er in Paris über den Verlauf der dortigen Verhandlungen gewonnen hat. Laut „Vorwärts“ wird das Kabinett auf Grund der von Bergmann überbrachten Informationen am Montag zusammentreten und zur außenpolitischen Lage Stellung nehmen.

Der amerikanische Senat für Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland.

London, 7. Jan. Reuter meldet aus Washington: Der Senat nahm zu der Entschlieung Needs einen Zusatzantrag an, der feststellt, daß in der Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland keine Unfreundlichkeit gegen irgend eine der durch diese Maßnahme beröhrten europäischen Nationen erblickt werden dürfe.

Washington, 7. Jan. Im Laufe der Erörterungen über die Entschlieung Needs im Senat erklärte Senator Lodge, er würde es augenblicklich für ein Unglück betrachten, wenn irgend etwas unternommen würde, was Grund zu der Annahme gäbe, daß die Vereinigten Staaten bei der Auseinandersetzung in der Reparationskommission Partei ergreifen. Er gebe diese Erklärung unbeschadet der Tatsache ab, daß er für die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland sei.

Der amerikanische Schwindel geht fort.

Washington, 8. Jan. Die Möglichkeit eines Eingriffs Amerikas in das europäische Reparationsproblem ist verringert worden durch den Senatsbeschluß über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein. Die amtliche Stellung zu der gegenwärtigen Lage wird als diejenige eines wohlwollenden (!) Zuschauers bezeichnet, der mit allen an der Krise beteiligten Parteien in freundschaftlichem Verhältnis lebt. Die amerikanischen guten Dienste und seine wirtschaftliche Kraft würden jederzeit zur Verfügung stehen, wenn der Weg für eine amerikanische Hilfe frei sei. — Das amerikanische „Wohltun“ gegenüber Europa geht solange fort, bis Deutschland zugrunde geht.

Amerika verlangt Landabtretungen von den Alliierten für die Kriegsschulden.

Newyork, 6. Jan. Nach einer Meldung des „Newyork Herald“ aus Washington brachte Senator Reed eine Entschlieung ein, derzufolge das Staatsdepartement bei der englischen Regierung anfragen sollte, ob sie bereit sei, zur Regelung ihrer Schuld bei Amerika über die Abtretung von Trinidad zu verhandeln. Ebenso soll von Frankreich die Abtretung gewisser zu den Antillen gehöriger Inseln verlangt werden.

Ämtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung.

Holzschleifen auf den öffentlichen Wegen im Winter.

Ueber das Schleifen von Langholz und Klögen auf den öffentlichen Wegen im Winter bestehen nachstehende Vorschriften:

1. Das Schleifen von Holz auf den öffentlichen Wegen zur Winterzeit ist nur dann zulässig, wenn die Wege gehörig mit Schnee bedeckt und gefroren sind, sodas die Fahrbahn nicht beschädigt wird.
2. Das geschleifte Holz darf höchstens die Breite eines Fahrgeleises einnehmen.
3. Es darf nur eine Länge Hölzer, nicht zwei oder mehrere hintereinander verdupelt geschleift werden.
4. Die Holzstämme müssen vorne und hinten derart gut zusammengebunden sein, daß sie sich nicht wälzen können.
5. Jedem Zug mit geschleiftem Holz muß außer dem Fuhrmann ein mit einem Griffe versehener Geleitmann beigegeben sein, der, wenn das geschleifte Holz seitwärts rutscht, es so ablenkt, daß andere Fuhrwerke ungehindert vorbeikommen können.
6. Jeder solche Zug hat entgegenkommenden oder vorkahrenden Fuhrwerken geordnet auszuweichen und so lange anzuhalten, bis letztere an dem Zug vorübergekommen sind.
7. Holzstämme oder Klöge dürfen nicht an Wagen oder Schlitten angehängt werden.

Calw, den 3. Januar 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Die sozialistische Internationale gegen die französische Gewaltpolitik.

Der deutsche Sozialist Wels gegen die Besatzungslosten.

Köln, 7. Jan. Die Internationale Sozialistische Tagung nahm einstimmig eine Entschlieung an, worin es heißt: Das Aktionskomitee lenkt nachdrücklich die Aufmerksamkeit aller Arbeiter auf die schweren Gefahren für den Weltfrieden infolge des Scheiterns der Pariser Konferenz hin und befähigt die Botschaften von Haag und Frankfurt, die militärischen Besetzungen schnellstens zu beenden. Es protestiert gegen eine Politik, die unter dem Vorwand der Pfandnahme gewaltsame Maßregeln gegen Deutschland, insbesondere die militärische Besetzung des Ruhrgebietes, vorbereitet. — Zur Beendigung der Entschlieung führte Wels: Deutschland aus die Entwaffnung Deutschlands sei restlos durchgeführt worden, wie es sogar von den alliierten Regierungen anerkannt worden sei. Trotzdem dauere die militärische Kontrolle unter ungeheueren Kosten fort, die Ende 1922 nicht weniger als 4 1/2 Milliarden Goldmark betragen hätten, wodurch die Reparationssumme vermindert werde. Nach einem Hinweis auf Einzelsfälle von Luxus und Verschwendung der Kontrollbehörden, sowie auf die ungeheure Erbitterung der notleidenden deutschen Arbeiterklasse erklärte Wels auf das Nachdrücklichste, wenn diesem Panama des Besatzungsheeres nicht sehr bald ein Ende gemacht werde, werde es der deutschen Sozialdemokratie unmöglich sein, weiter für die Erfüllung auch der legitimsten Forderungen Frankreichs einzutreten. Das deutsche Volk leide selbst zu große Not, als daß es länger Opfer bringen könne, die nachweisbar nicht den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und der Linderung fremder Sorge und Not dienen, sondern hauptsächlich in das Danaidenjahr des französischen Militarismus am Rhein wanderten.

Das rheinische Zentrum gegen die französische Eroberungspolitik.

Köln, 7. Jan. In einer Zentrumsversammlung, in der der frühere Reichskanzler Dr. Wirth sprach, wurde eine Entschlieung angenommen, in der die in Paris beabsichtigte Rheinlandpolitik, die statt Frieden neuen Haß säe, mit Empörung zurückgewiesen wird. Diese Politik erfolge nicht etwa aus wirtschaftlicher Notwendigkeit heraus, sondern um politischer Ziele willen, die wohl verschleiert aber nicht verborgen werden könnten. Die Entschlieung endet mit einem Gelöbnis der Treue zu Volk und Vaterland.

Eine deutsche Erwiderung in der Kohlenlieferungsfrage.

Berlin, 7. Jan. Zu der von der französischen Presse veröffentlichten, anscheinend in der Pariser Konferenz vorgelegten Denkschrift der französischen Regierung über die deutschen Sachlieferungen, die offenbar den Nachweis für eine deutsche Verfehlung bei der Lieferung von Kohlen usw. erbringen soll, erfährt das WTB, von zuständiger Stelle, die französische Regierung stelle ein Defizit von rund 2,2 Millionen Tonnen gegenüber den Programmjahren der Reparationskommission fest und hebe hervor, daß Deutschland nach diesem Programm doch nur rund 300 000 Tonnen monatlich weniger an Frankreich und Luxemburg abzuliefern hätte, als es 1923 freiwillig dorthin ausführte. Ferner liege ein böser Wille Deutschlands darin, daß der Fördersteigerung im Ruhrgebiet seit September 1922 keine Zunahme der Reparationslieferungen entspreche. Der jetzige Bedarf Frankreichs an Brennstoffen sei 60 Millionen Tonnen, der einschließlich der Saarförderung nur mit 37 bis 38 Millionen Tonnen gedeckt sei. Außerdem würde die deutsche Industrie mit Koks weit besser beliefert, während in Frankreich wegen Koksmanuels 50 Prozent der Hochöfen kaltstehen müssen.

Gedenket der Heimatnot-Spende!

Dazu erklärt die zuständige deutsche Stelle, daß es nicht angängig sei, die tatsächlichen deutschen Lieferungen mit den im Friedensvertrag genannten Zahlen zu vergleichen, da dieser nur die Höchstgrenze bezeichnet, die erreicht zu werden braucht, wenn die deutschen Lebensbedürfnisse es zuließen. Deshalb habe auch mit Recht die Reparationskommission diese Ziffern erheblich herabgesetzt, wenn auch noch nicht genügend. Es sei als außerordentliche Leistung Deutschlands zu bewerten, wenn es ihm gelungen sei, die Forderungen Frankreichs und Luxemburgs zu 84,4 Proz., nach deutscher Berechnung bis zu 89 Proz. zu erfüllen. Das sei auch nur durch die die deutschen Finanzen verheerende ungewöhnlich große Einfuhr ausländischer Kohlen nach Deutschland möglich gewesen. Das Defizit sei übrigens größtenteils auf unberechtigte Qualitätsforderungen Frankreichs zurückzuführen, das sich nicht an das Wiesbadener Abkommen halte, sondern bessere Kohlen verlange als die deutschen Verbraucher. Infolge der Abtrennung Oberschlesiens hätte auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 keine Steigerung, sondern eine Verminderung der Kohlenförderung gegen früher stattgefunden und zwar um 1,5 bis 2 Millionen Tonnen. Die Beschwerde Frankreichs, daß das Lieferungsprogramm der Reparationskommission gegenüber den Vorkriegslieferungen monatlich um 300 000 Tonnen zurückbleibt, ist unberechtigt. Nach Abzug der Saarzechen und der Lothringer Zechen, über deren Förderung heute Frankreich selbst verfügt, wurden vor dem Kriege nur 15 Millionen Tonnen jährlich ausgeführt, d. h. ungefähr eine Menge gleich der Forderung der Reparationskommission. Wenn nur 50 Proz. der französischen Hochöfen wegen Koksmanuels nicht ausgenutzt werden gegen angeblich 80 Proz. der deutschen Hochöfen, wie die französische Darstellung behauptet, so werde dabei vergessen, daß ein erheblicher Teil der deutschen Hochöfen in Lothringen und Luxemburg verloren gegangen sei, sodas der zurückbleibende Teil um so stärker ausgenutzt werden müsse. Wenn sich die französische Industrie, deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Verbrauch des billigen Reparationskokes beruhe, gegen die Umwandlung der Zwangslieferungen in freie Lieferungen gegen Barzahlung sträube, so sei das verständlich. Daraus könne aber keine Verfehlung der deutschen Regierung konstruiert werden, denn die Forderung nach einer solchen Umwandlung habe die deutsche Regierung niemals gestellt.

Die Türken halten ihre Forderungen aufrecht.

London, 5. Jan. Reuter meldet aus Konstantinopel: Der Premierminister der Angora-Regierung gab gestern eine wichtige Erklärung in der öffentlichen Sitzung der Nationalversammlung ab. Er beharrte auf der vollkommene Befriedigung der Forderungen des türkischen Programms bezüglich Thrakiens, der Meerengen und der Kapitulationen, sowie der Minderheiten. Er schlug vor, daß Amerika den Armeniern eine nationale Heimstätte auf amerikanischem Boden gewähren solle.

Eine neue russische Note über die Meerengenfrage.

Kaujanne, 8. Jan. Die russische Abordnung hat eine neue Note über die Meerengenfrage ausgearbeitet, die wahrscheinlich heute Vormittag dem Präsidium der Konferenz überreicht werden wird.

Deutschland.

Das Urteil im Klanteprozess.

Berlin, 8. Jan. Nach mehrwöchiger Verhandlung wurde gestern gegen Max Klante und seine Mitangeklagten das Urteil gefällt. Max Klante wurde zu drei Jahren Gefängnis, 105 000 M Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust verurteilt. Der Haftbefehl wurde gegen Sicherheitsleistung von 500 000 M aufgehoben. Sein Bruder wurde freigesprochen, die anderen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 2 bis 4 Monaten, sowie den entsprechenden Geldstrafen verurteilt. — Die Brüder Klante hatten mit viel Geräusch eine Wettkampfgeld aufgeben, an der Leute aus allen Kreisen ihr Geld hatten und die dann wie alle derartige Unternehmungen zusammengebrochen ist.

Mieterprotest in Berlin.

Berlin, 8. Jan. Gestern fanden in allen Verwaltungsbezirken 80 Mieterversammlungen als Protest gegen die Mietsfestsetzungspolitik des Magistrats statt. Eine einheitlich angenommene Entschlieung fordert insbesondere die Herabsetzung der Grundmieten und der Verwaltungskosten.

Razzia in Berliner Schlemmerlokalen.

Berlin, 8. Jan. In der Nacht zum Sonntag veranstaltete die Kriminalpolizei in verschiedenen Berliner Stadtteilen umfangreiche Razzien, die geheimen Schlemmerlokalen galten, von denen eine große Anzahl ausgehoben wurde. Die Besucher wurden zum Polizeipräsidium gebracht. In den Räumen der Potpourri-Bühne in der Bellevuestraße, die mit einem großen Schlemmerapparat arbeitet, wurden 82 Gäste, darunter 72 Ausländer, festgesetzt, die sich bei Sekt, die Flasche zu 30 000 M, vergnügten. Die Polizei gab die Namen aller von ihr festgestellten Schlemmerlokalbesucher dem Landesfinanzamt bekannt, damit dieses sich über die Einkommensverhältnisse der Leute informiert.

Unfall oder Verbrechen?

Berlin, 8. Jan. Ein Bankhehlerei eines hiesigen Bankhauses ist mit 10 000 Dollar (rund 85 Millionen Mark) die er nach anderen Banken bringen sollte, spurlos verschwunden. Es wird vermutet, daß er das Opfer eines Unfalls oder eines Verbrechens geworden ist. — Es ist auch ein Leichtsin, einen jungen Menschen in der heutigen Zeit mit soviel Geld allein fortzuschicken.

Der C
dem Borftig
hung. Die
Dezember v
gaben 4 382
mangel erk
fang Dezem
November
Frachten u
frühzeitige
100prozent
geschlagen
zu erhöhen,
folgenderma
wurde von
auf 2980 M
fallt von
tragen die
1 416 870 M
verband Te
Wasserwerk
80 Prozent
werden, we
seits eine z
wünschensw
des (Elektri
neuerung de
neuen Jahre
fließt die E
von 75 auf
fermierte w
am das 5fa
der wurde
der Gebäu
auf den Za
werk. Auf
bessere Aus
tabelle gesta
Zeit in dies
Anschaffung
Millionen
der wichtig
tigung des
mer und G
der Zusage
einer Verfü
ren jetzt au
1922 festgef
Schlachthau
1109 Rälber
let worden.
hier kein R
sen abgege
meistens zu
das Fleisch
Rindfleisch
tags, wie si
mittel für
soll geantw
das anstätt
Angebote st
Bringe. —
den städtisch

96

„Ich ha
als Justine
Sie ran
Bibel, die
Gast darin
tete mit de
die Stelle,
Gott rechtf
Vorwärt ein
„Ich ler
nen Augen
zeit verrate
mit Leib u
du dich nie
gestürzt.“
Sie sah
an, welcher
doch,“ erwi
warnt; abe
ten, wo Fel
Die W
Berz noch j
heit gespro
„Und de
kreuz heimg
statt daß id
ten. Es üb
wie ein kal
an erwachte
nach recht
dazu. Ich
gedacht, daß
den sein sol
Geben, wa

Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. Januar 1923.

Vom Rathaus.

Der Gemeinderat hatte am Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner eine öffentliche Sitzung. Die Gaswerksverwaltung legt die Bilanz für den Monat Dezember vor. Die Einnahmen betragen 3 272 600 M., die Ausgaben 4 382 600 M., der Abmangel sonach 1 110 000 M. Der Abmangel erklärt sich aus der weiteren Kohlenpreiserhöhung. Anfang Dezember kosteten 10 Tonnen Kohlen 141 220 M., am 24. November 235 940 M., am 1. Dezember 390 750 M. Auch die Frachten und Löhne sind wesentlich gestiegen. Nur durch das frühzeitige Eindecken mit Saarkohle konnte der Gaspreis auf der 100prozentigen Erhöhung belassen werden. Es wird also vorgeschlagen, den Gaspreis in Calw von 50 auf 100 M. pro cbm zu erhöhen, in Hiesau von 55 auf 110 M. Die Kokspreise werden folgendermaßen geregelt: Der Preis für zerklüfteten Koks wurde von 2000 auf 300 M., für unzerklüfteten von 1980 M. auf 2980 M., für Bohnenkoks von 1750 M. auf 2650 M., für Abfallkoks von 1500 M. auf 2200 M. Beim Elektrizitätswerk betragen die Ausgaben im Dezember 2 975 100 M., die Einnahmen 1 416 870 M., der Abmangel also 1 558 230 M. Vom Gemeindeverband Teinach wurde sehr viel Strom bezogen. Der für das Wasserwerk zu Pumpzwecken benötigte Strom soll um einen um 80 Prozent (bisher 50 Prozent) ermäßigten Preis abgegeben werden, weil sich das Wasserwerk nicht rentiert, und andererseits eine zu weitgehende Erhöhung des Wasserzinses nicht als wünschenswert betrachtet wird, wodurch natürlich die Bilanz des Elektrizitätswerks entsprechend belastet wird. Auch die Erneuerung des Stromnetzes durch 40 neue Masten im Laufe des neuen Jahres mit einem Aufwand von 2 Millionen M. beeinflusst die Erhöhung des Strompreises. Der Preis für Licht wurde von 75 auf 160 M. erhöht, für Kraft von 65 auf 130 M. Die Zählermiete wurde von 10 auf 20 M. erhöht. Der Wasserzins wurde um das Fache erhöht. Auch der Grundpreis für gemessenes Wasser wurde erhöht, ebenso der Wassermessergins. Die Erhöhung der Gebühren für Wasserentnahme ist notwendig im Hinblick auf den Jahresabmangel von 1,7 Millionen M. beim Wasserwerk. Auf die Anfrage von G. Störz, ob man nicht durch bessere Ausnutzung der Wasserkraft das Elektrizitätswerk rentabler gestalten könne, erwiderte der Vorsitzende, daß in nächster Zeit in dieser Richtung Vorschläge unterbreitet werden. — Die Anschaffung von 1000 qm Pflastersteinen zum Preis von sechs Millionen Mark einschließlich Bahnfracht zwecks Pflasterung der wichtigsten Teile der Bischofstraße wurde nun nach Befestigung des Materials durch Stadtbauamtsleiter Herbolzheimer und G. Störz bei der betreffenden Firma und nach der Zusage raschster Lieferung endgültig genehmigt. — Nach einer Verfügung des Ministeriums sind die Fleischbeschaugebühren jetzt auf den 30fachen Betrag des Sages vom 12. Januar 1922 festgesetzt worden. Im Jahre 1922 sind auf dem hiesigen Schlachthaus 127 Ochsen, 49 Bullen, 146 Kühe, 118 Jungkinder, 1109 Kälber, 678 Schweine, 201 Schafe und 9 Ziegen geschlachtet worden. Auf die Anfrage von Frau G. Conz, warum hier kein Kuhfleisch wie in anderen Städten, zu billigeren Preisen abgegeben werde, antwortete G. Widmayer, daß es meistens zum Wurstmachen verwendet werde, und dann auch das Fleisch von jüngeren (erst einmal gelabten) Kühen als Rindfleisch verkauft werde. — Auf eine Anfrage des Stadtschultheißen, wie sich die Mitglieder zu einer Anregung, die Lernmittel für die Schulen gemeinsam einzukaufen, stellen, soll geantwortet werden, daß der Gemeinderat in Rücksicht auf das ansehnliche Gewerbe, das den Schulen vielfach auch günstige Angebote stelle, einem solchen Einkauf kein Interesse entgegenbringe. — Infolge des Ueberhandnehmens der Maulwürfe auf den städtischen Grundstücken soll dem Fellhändler Eberhard

die Erlaubnis zum Fang für die Monate Februar und März gegen eine Gebühr von 2000 M. erteilt werden. Im übrigen wurde festgestellt, daß eine Ausrottung der durch die Verteilung von ungeziefer nützlichen Tiere nicht im Interesse der Landwirtschaft sei. — Von Schülern der Neuen Höheren Handelsschule wurden dem Stadtschultheißenamt weitere 15 000 M. zu Zwecken der Unterstützung von Minderbemittelten überreicht. Vom Handels- und Gewerbeverein wird mitgeteilt, daß die von dem Verein vorgenommene Sammlung für die „Heimatnot“ den Betrag von 200 000 M. schon überschritten habe. — Im Hinblick auf die hohen Beerdigungskosten macht G. N. Staubenmeyer den Vorschlag, nicht nur für die 3. Klasse sondern auch für die 2. Klasse das Holz aus städtischen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Ab 1. Januar kostet ein Sarg 1 Kl. 50 000 M. (bisher 12 000 M.), 2 Kl. 35 000 (bisher 8000 M.), 3. Kl. 30 000 (bisher 7000 M.). Eine Beerdigung 2. Kl. kostete heute 40—45 000 M. Wenn man bedenke, daß gerade der heute so schwer darniederliegende Mittelstand seit der 2. Beerdigungsklasse bemüht habe, so sei dieses Verlangen nicht unbillig. Das Kollegium erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden. Die Bretter für diese Zwecke sollen halbjährlich abgegeben werden. — Zum Schluß der Sitzung dankte der Vorsitzende den auscheidenden Mitgliedern des Kollegiums für ihr im Interesse der Allgemeinheit geleisteten Dienste und wünschte namentlich den erkrankten Mitgliedern Georgii und Maier gute Besserung.

Wohltätigkeitsveranstaltung für die „Heimatnot“.

Die Wohltätigkeitsveranstaltung des Handels- und Gewerbevereins unter Mitwirkung des Cäcilienvereins und des Liederkranzes haben, um es gleich vornweg zu sagen, einen vollen Erfolg gehabt, sodaß nach Abzug der großen Ankosten der Fürsorge zur Steuerung der Heimatnot noch ein recht ansehnlicher Betrag zufließen wird. Beide Aufführungen, sowohl die Vorstellung für Kinder am Nachmittag wie die für Erwachsene am Abend, waren sehr stark besucht. Die 350 kleinen Nachmittagsgäste verfolgten — von einigen kleinen und kleinsten Störenfriedchen abgesehen — mit großem Interesse die von dem unermüdeten tätigen Herrn Schofer mit viel Geschick und Regiekunst eingeübten Märchen, Festschpiele und Reigen. Es war eine Lust, auch für die Alten am Abend, den vielen kleinen Kaufleuten und Schauspielereinen zu lauschen und ihrem ganz vorzüglichen Auftreten Auge und Herz zu leihen. Ganz besonders und lebenswahr wurde das dramatische Festschpiel „Waldhütters Weihnacht“ gegeben. Die Wirkung dieser Jugendaufführungen war stärker als von Erwachsenen wohlstudierte Vorstellungen sie oft zu haben pflegen. Die Darbietungen wurden ja in früheren Berichten schon gewürdigt, daß wir es heute unterlassen dürfen, weiteres darüber zu äußern. Es war wieder sehr, sehr nett, und nochmals sei all den Kleinen und Großen, auch den Sängern und dem Dirigenten des Liederkranzes herzlichster Dank dafür gesagt, daß sie sich so hilfsbereit und uneigennützig in den schönen Dienst der Nächstenliebe stellten.

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 16. bis 31. Dez. 1922 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 6 Ochsen, 5 Kälber, 1 Ferkel, 8 Kühe, 57 Kälber, 22 Schweine, 9 Schafe und 1 Ziege.

Preisüberwachung und Viehhändler.

Zum Streit der Viehhändler wird von amtlicher Seite folgendes bekanntgegeben: Die Verordnung des Arbeits- und Ernährungsministeriums, wonach die Viehhändler Preis und Gewicht jedes Tieres beim Ein- und Verkauf in ein Verzeichnis eintragen müssen, wurde notwendig, um sichere Unterlagen zu schaffen, die einen Ueberblick über die Gestaltung der Viehpreise vom Erzeuger über den Händler bis zum Metzger und damit auch eine Nachprüfung der Preisspannungen, die die am Vieh-

handel Beteiligten in Anspruch nehmen, ermöglicht. Die Viehhändler weisen diese Anordnung zurück, weil diese Ueberwachung der Preisgestaltung eine Sonderbehandlung eines einzelnen Berufsstandes darstelle. Von Regierungsseite wird darauf hingewiesen, daß fast in allen andern Ländern die Viehhändler dem vom wirt. Viehhandel abgelehnten Schluscheinzwang unterliegen. Die allgemeine Buchführungspflicht für den Viehhandel einzuführen, empfiehlt sich nicht, weil ein großer Teil der Viehhändler sachlich nicht als Vollkaufmann gelten kann und die Erfahrung gelehrt hat, daß dadurch eine wirksame Ueberwachung der Preisentwicklung nicht möglich ist. Ganz mit Recht hat daher das Arbeits- und Ernährungsministerium einer Abordnung des Viehhandels gegenüber die Zurücknahme der Verfügung abgelehnt. Dafür haben die meisten Viehhändler die Drohung, den Stuttgarter Schlachtviehmarkt nicht mehr zu beliefern, wahr gemacht, was im Interesse der geordneten Fortführung der Fleischversorgung zu bedauern ist.

Weibliche Schöffen.

Seit Jahresbeginn haben die Nichterliche gelegentlich ein ungewöhnliches Gesicht. In Auswirkung der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter tritt nunmehr die Frau auch im Gerichtssaal aktiv bei der Rechtspflege auf, und zwar als Schöffe. Am Donnerstag amtierte am Stuttgarter Schöffengericht eine Frau, die es offenbar ernst nahm mit ihrer neuen Aufgabe; auch von dem Recht der unmittelbaren Befragung des Angeklagten machte sie Gebrauch.

(Schw.) Tübingen, 5. Jan. Professor D. Dr. Wurster von der evangelischen Fakultät der hiesigen Universität ist gestern Abend unerwartet rasch gestorben. Vor etwa 2 Wochen war er scheinbar an Grippe erkrankt. Eine plötzliche Herzlähmung nahm dem erst 62jährigen Gelehrten das Leben.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Anpassung der Holzpreise an die Kohlenpreise!

(Schw.) Stuttgart, 5. Jan. Die Süddeutschen Forstverwaltungen und Waldbesitzerverbände von Württemberg, Bayern, Baden und Hessen haben eine Vereinbarung getroffen, die Brennholzpreise den jeweiligen Kohlenpreisen anzupassen. Auf Grund dieser Vereinbarung werden Brennholztabellen ausgearbeitet, die die den verschiedenen Kohlenpreisen entsprechenden Brennholz-Waldpreise enthalten, die für Ware mittlerer Art und Güte und mittlerer Abfuhrwege gelten und die demnach für Waldborte mit günstigen oder ungünstigen Abfuhrverhältnissen und für die Qualität des Holzes entsprechend zu erhöhen oder zu ermäßigen sind.

Märkte.

(Schw.) Kirchheim-Teck, 5. Jan. (Vieh- und Schweinemarkt.) Zufuhr: 16 Ferkel, 24 Ochsen und Stiere, 60 Kühe, 142 Stück Jungvieh, 3 Kälber, 246 Milchschweine und 46 Läufer. Preis per Stück: Ferkel 300 000 bis 500 000 M., Ochsen und Stiere 400 000 bis 800 000 M., Kühe 250 000 bis 740 000 M., Jungvieh 200 000 bis 550 000 M., Kälber 60 000 bis 75 000 M., Milchschweine 20 000 bis 30 000 M., Läufer Schweine 40 000 bis 60 000 M.

(Schw.) Hall, 5. Jan. (Viehmärkte.) Zufuhr: 13 Ochsen, 38 Kühe, 57 Kälber und 11 Stück Jungvieh. Verkauft wurden 3 Ochsen bis zu 500 000 M., 5 Kühe bis zu 280 000 M., 12 Kälber bis zu 380 000 M. und 6 Stück Jungvieh bis zu 320 000 M. je das Stück. Der Handel war infolge Streiks der wirt. Handelsleute schlecht.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtsch. stillen Verteilungen in Betracht kommen. D. Schmitt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der H. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

„Ich hab's nicht anders verdient“, sagte Erhard düster, als Justine schmerzlich inne hielt.

Sie rang eine Weile nach Worten, dann nahm sie die Bibel, die nach alter Sitte auf dem Schranke lag, falls ein Gast darin zu lesen begehren würde, schlug sie auf und deutete mit dem Finger auf eine Stelle. Erhard las. Es war die Stelle, wo Sara, Raguels Tochter, ihre Seele vor Gott rechtfertigt, daß sie in seiner Furcht und nicht aus Vorwitz einen Mann zu nehmen gewilligt habe.

„Ich kenne dich ja“, erwiderte er. „Vor Gott und meinen Augen bist du wie eine, die ihr Mann nach der Hochzeit verraten und verlassen hat. Was du bist, das bist du mit Leib und Seele, und wem du traust, dem vertraust du dich nicht bloß halb. Dein Vertrauen allein hat dich gestürzt.“

Sie sah ihn mit einem freudigen und dankbaren Blicke an, welcher ihm sagte, daß er sie verstanden habe. „Und doch“, erwiderte sie, „hat mich eine innere Stimme gewarnt; aber er brachte sie zum Schweigen mit den Worten, wo kein Vertrauen sei, da sei auch keine Liebe.“

„Die Worte sind wahr!“ rief Erhard, „und wenn dein Herz noch so schön gelogen hat, sein Mund hat die Wahrheit gesprochen.“

„Und doch“, erwiderte sie, „wie ich mit ihm vom Steinkreuz heimging, hatte ich ihn nicht mehr so lieb, wie zuvor, statt daß ich ihn doch jetzt noch hätte viel lieber haben sollen. Es überkam mich ein Gefühl von Fremdheit, das mir wie ein kalter Schauer durchs Herz fuhr, und von Stund an erwachte eine Abneigung in mir, die mir erst nach und nach recht klar wurde. Freilich fand ich gleich ein Anlaß dazu. Ich hatte mit meinem vollen Herzen nicht daran gedacht, daß einmal am Steinkreuz ein Mord verübt worden sein sollte; er aber hatte daran gedacht, und im Heimgehen, wo wir eine Strecke weit zusammengingen, spottete

er darüber, wobei ein kalter, frecher Zug in seinem Gesicht zum Vorschein kam, den ich sonst nie gesehen hatte und der mir das Herz zuschnürte. Aber es war zu spät. Ich bekämpfte diese Abneigung mit aller Kraft, aber es ist leicht zu denken, daß mein Widerwille nicht vermindert wurde, wie sich um die Zeit, wo die Arbeiten zunehmen, immer deutlicher zeigte, daß es außer dem Herzen auch noch am Kopf, an den Händen und Füßen fehlte. Ich hatte mich nun schon ganz an den Gedanken gewöhnt, daß mit dem Los beschieden sei, das so viele Frauen haben: mit einem Manne leben zu müssen, den man nicht mag. Aber so kam es nicht. Ich wurde allmählich gewahrt, daß ich noch durch etwas ganz anderes als durch Eid und Ring an ihn gebunden sei, und sagte ihm dies bei einer Gelegenheit, wo ich unbemerkt mit ihm reden konnte. Er hatte damals, wie es sich später herausstellte, seine Augen bereits auf seine jegliche Frau geworfen. Anfangs wollte er mich nicht verstehen, dann brauchte er jämmerliche Ausflüchte; als ich mich aber auf das Geschwäh gar nicht einließ, sondern geradeaus ging und ihm sein Gelöbnis vorhielt, da — o Erhard, du würdest es keinem Menschen, du würdest es dem Teufel kaum zutrauen — aber der Teufel hat ihm auch in jener Stunde leibhaftig aus den Augen gesehen — da sagte er auf einmal seinen Entschluß, stieß ein höhnisches Gelächter aus und sagte, ob ich denn nicht wisse, daß, was man am ersten April verspreche, nichts gelte, ich hätte es mir den andern Tag noch einmal versprechen lassen sollen.“

Erhard prallte sprachlos zurück. Die freche Niedertrachtigkeit, die sich in der Art und Weise eines Wortbruchs ausdrückte, und dazu an einem von ihm so geliebten Wesen verübt, machte ihn so bestürzt, daß er keines Wortes fähig war. Er ballte beide Hände, die Aber an der Stirn schwoh ihm an, und mit weit offenen Augen suchte er nach einem Gegenstande, den er, wenn er dagewesen wäre, zermalmt haben würde.

„O Erhard, Erhard!“ rief Justine, „nicht wahr, dazu

war ich doch zu gut, um so unter die Füße getreten zu werden? So feile Ware ist mein Herz doch nicht gewesen, um — in den April geschickt zu werden?“

„Sei ruhig“, sagte er, sich nach und nach von der Erregung erholend. „Wenn man das Gold auch über und über mit Rot besudelt, es bleibt doch Gold, aber gefallen hättest du dir nicht lassen sollen.“

„Hätte ich ein Messer bei der Hand gehabt“, erwiderte sie, „wer weiß, was geschehen wäre! Ich lehrte ihm den Rücken und ging in der ersten freien Stunde zu seiner Mutter. Da war ich vom Teufel zu seiner Großmutter gekommen. Sie stellte sich sehr erstaunt und voll Unwillens. Sie hätte nie geglaubt, sagte sie, daß ich ein solches Vergnügen geben würde, sie habe mich für eine ganz andere Person gehalten; aber noch empörender sei es, daß ich ihren Sohn beschuldige; ihr Sohn habe immer gestiftet und eingezogen gelebt; ich solle mich wohl in acht nehmen, es werde ihm ein leichtes sein, wider mich zu schwören, und niemand werde meine Aussage Hellers wert achten. Ich zeigte ihr den Ring. Sie besah ihn und lachte mich aus: ich solle nur den Goldschmied fragen, was er von einem Treuring solcher Art halte, dessen Erlös nicht zu einem Stück Brot hinreichte. Wenn es je wahr sei, was sie nicht einmal glaube, daß ihr Sohn mir diesen Ring geschenkt habe, so sei das der beste Beweis, wie sehr er von seiner anfänglichen guten Meinung zurückgekommen und wie wenig ich ihm wert gewesen sei. Nach seinen Reden über mich zu schließen, habe ich das durch meine Aufführung verschuldet. Ihr Sohn habe nämlich schon seit einiger Zeit Verdacht auf mich, und dieser Verdacht sei ihr auch anderswoher bestätigt worden, daß ich mich sehr stark mit einem andern eingelassen habe. Und jetzt — sie hätte es nicht meisterhafter machen können, mich stumm zu Boden zu schlagen — jetzt nannte sie — wen meinst du?“

„Mich.“

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung betreff. die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1922.

1. Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1922 — bis spätestens Ende Januar 1923 — dem unterzeichneten Finanzamt, bezw. den Ortssteuerämtern (in Calw beim Ortssteueramt) schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

2. Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaus, sowie der Bergwerkbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Schriftsteller, Künstler usw.) sind steuerpflichtig.

3. Auch kleinste Betriebe sind steuerpflichtig; eine Steuerbefreiung für Betriebe mit nicht mehr als 3000 M Umsätze besteht nach dem Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 nicht mehr.

4. Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt im letzteren Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

5. Die Einreichung der Erklärung kann durch erforderlichenfalls zu wiederholende Geldstrafen bis zu je 500 M erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Finanzamt rechtzeitig unter Darlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 der Reichsabgabenordnung).

6. Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

7. Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Bis zu zwei Stück können von jedem Steuerpflichtigen bei dem unterzeichneten Finanzamt kostenlos entnommen werden.

8. Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind. Vordrucke liegen bei den Ortssteuerämtern zur Entnahme auf.

9. Nichteinreichung einer Erklärung kann durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden, soweit nicht auf Hinterziehungsstrafen zu erkennen ist.

10. Bei verspäteter Einreichung der Umsatzsteuererklärung ist das Finanzamt berechtigt, einen Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer aufzuerlegen. Sind Aufzeichnungen über die vereinnahmten Entgelte nicht geführt worden und wird den Verpflichtungen über Auskunftserteilung usw. nicht genügt, so kann der Betrag der steuerpflichtigen Umsätze geschätzt werden.

11. Gleichzeitig werden die zur Abgabe von Umsatzsteuererklärungen verpflichteten Personen hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach § 37 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 in der Fassung des Gesetzes vom 8. April 1922 innerhalb eines Monats nach Ablauf jedes Kalendervierteljahrs eine Vorauszahlung auf die entstandene Steuerschuld zu leisten haben. Ist der Steuerabschnitt das Kalendervierteljahr oder ein kürzerer Zeitabschnitt und ist die Steuer nicht innerhalb eines Monats nach Ablauf des Kalendervierteljahrs, in das der Steuerabschnitt fällt, veranlagt und fällig geworden, so ist die Vorauszahlung in Höhe des Betrags zu leisten, der sich aus der Steuererklärung ergibt. Ist der Steuerabschnitt länger als ein Kalendervierteljahr, so erhält der Steuerpflichtige im Monat März eine Aufforderung zur Abgabe von Vorausmeldungen zum Zwecke der Entrichtung von Vorauszahlungen.

12. Gibt der Steuerpflichtige bei vierteljährlicher Besteuerung eine Steuererklärung oder — bei jährlicher Besteuerung — eine Voranmeldung innerhalb eines Monats nach Ablauf des Kalendervierteljahrs nicht ab, so bemittelt die Steuerstelle die Vorauszahlung auf mindestens ein Viertel der für das vorausgegangene Kalenderjahr veranlagten Steuer. Erforderlichenfalls wird geschätzt.

13. Uebertreitet die am Schluß des Steuerabschnitts auf Grund der Veranlagung für die Gesamtumsätze festgesetzte Steuer den Gesamtbetrag der Vorauszahlungen um mehr als 20 v. H. der Vorauszahlungen, so erhöht sich die Steuer um 10 v. H. dieses überschließenden Betrags. Es liegt daher im Interesse der Steuerpflichtigen, die Vorauszahlungen in solcher Höhe zu leisten, daß die endgültig zu veranlagende Steuer annähernd gedeckt ist. Für nicht fristgemäß eingegangene Vorauszahlungen werden Verzugszinsen berechnet, die von dem Betrage der Vorauszahlung in Abzug gebracht werden. Ueberschließende Beträge werden gegebenenfalls mit Zinsen zurückbezahlt oder auf die nächste Vorauszahlung angerechnet.

Es ist also im Januar 1923 neben der Umsatzsteuererklärung für das ganze Kalenderjahr 1922 noch die Voranmeldung für das 4. Viertel des Kalenderjahres 1922 unter entsprechender Vorauszahlung abzugeben.

Hirsau, den 3. Januar 1923.

Finanzamt:
Voelter.

Stadtgemeinde Calw.

Zu dem auf 10. Januar 1923 fälligen



Pferde-, Vieh- u.
Schweinemarkt

ergeht Einladung.

Für Marktbesucher aus verfeuchten Orten ist der Zutritt zum Markt verboten.

Calw, den 5. Januar 1923.

Städtisches Gesundheitsamt: Göhner.

Pferchverkauf

am Mittwoch, den 10. Januar 1923, vormitt. 9 Uhr.
Stadtpflege Calw.

Die Steuerbücher für 1923

wollen sofort auf dem Rathaus Zimmer 1 abgeholt werden.
Calw, den 5. Januar 1923.

Städtisches Steueramt: Schlaich.

Beim Gaswerk werden — zunächst nur an Minderbemittelte —

Rohbraunkohlen

die sich sehr gut für Hausbrand eignen, in Mengen bis zu 5 Zentner abgegeben. Der Preis beträgt 1200 Mk. für den Zentner ab Werk. Anweisungen werden am nächsten Mittwoch, den 10. Januar 1923, ausgegeben.

Calw, den 5. Januar 1923.

Städtisches Gaswerk: Schlaich.

Javelstein, den 8. Januar 1923.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Freunden teilen wir mit, daß unser lieber Vater, Großvater und Onkel

Michael Nonnenmann

Lebensgründer
im Alter von 82 Jahren heute Nacht
2 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Familie Nonnenmann,

Beerdigung findet am Dienstag mittag 1 Uhr
hier statt.

Landw. Bezirksverein Calw.

Auf Lager ist:

Gerste, Klee, Rogg- und Viehsatz, Nheraniaphosphat, Superphosphat, Kalfsalz 42% ig, Futtermalk, Futtererbsen, Wicken.

Ausgabe Mittwochs und Samstags.

Geschäftsstelle.

Gutmöbliertes Zimmer

sofort oder später gesucht.

Angebote unter R. C. 4 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Färberei Büßing Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: W. Entenmann, Lederstr. 91

Bekanntmachung.

Meiner verehrlichen Kundschaft zur Kenntnis, daß ich berechtigt bin, im Gebiet des

Gemeinde-Verband Elektrizitätswerk Station Leinach Licht- und Kraftanlagen jeder Art

auszuführen und erfolgt die Ausführung zu gleichen Bedingungen wie beim Gemeinde-Verband Station Leinach.

Ferner möchte ich die verehrliche Einwohnerschaft von Calw erinnern, daß ich beim

Städtischen Elektrizitätswerk Calw

schon seit Gründung meines Geschäftes konzessioniert und ebenfalls berechtigt bin, Licht- und Kraftanlagen jeder Art auszuführen.

Christian Kurz, techn. Büro, Calw

Telefon 57.

Hirsau, den 7. Januar 1923.

Todes-Anzeige.



Nach langem, schweren Leiden verschied heute früh im 75. Lebensjahr mein lieber Mann

Johannes Göz

Oberbahameister a. D.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Marie Göz.

Beerdigung Dienstag mittag 1 Uhr.

Calw, den 7. Januar 1923.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgang unseres lieben, treubeforgten Vaters, Bruders, Schwagers und Schwiegervaters

Jakob Sattler

für die schönen, überaus zahlreichen Blumen- spenden, die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, sowie den Herren Ehrenträgern sagen herzlichen Dank

die trauernden Kinder.

Bad Liebenzell, den 5. Januar 1923.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Verluste unseres lieben Kindes

Walter

sowie für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen und Allen, die unser liebes S. zur letzten Ruhe begleiteten, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Familie Siebler.

Wohnungs-Such.

Von Calw nach Karlsruhe.
Hr. S. Wächter, Karlsruhe,
Zähringerstraße Nr. 7.

Einen braunen
Heberzieher

hat preiswert zu verkaufen
Bacher, Schneidermeister,
Bischoffstraße 466.

Suche auf 15. Jan. oder
1. Febr. einen tüchtigen

Knecht
oder Magd

für Landwirtschaft
nicht unter 18 Jahren.

Wer, sagt die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Turnverein Calw Heute abend Turn- Versammlung.

Wolfschund,
dunkelbl. m. Kettenhalband
hat sich verlaufen.
Nähere Auskunft über dessen
Verbleib erbeten an
Robert Störz, Calw.

Junger Mann sucht per sofort Arbeit

bei christlich gefinnem Land-
wirt in der Nähe Calws.
Angebote unter R. M. 5
an die Geschäftsst. ds. Bl.

Kreisjägen, Rübenmühlen, Brückenwagen, Pflüge

u. 1 Schrotmühle
hat im Auftrag billig zu verl.
Chr. Reger, Schmiedmstr.

Sehr guterhaltene Rüchen - Büfett zu verkaufen

Komme nächster Tage nach
Calw und **H a u s e**

alte Gebisse.

Zahle pro Zahn
500-1000 Mk.

Für Stützähne und
Brennstifte ganz
enorme Preise.

Schriftliche Adressenangabe
an die Geschäftsst. ds. Bl. erb.

Altmetalle.

Alblei	400 Mk.
Zink	550 "
Neisling	750 "
Kupfer	1000 "
Zinn	2000 "
Lumpen	60 "
Alteisen	50 "
Zeitung, Druck- stempel u. Bücher	70 "
per Kilo.	
Weinflaschen	50 "
Vorbeugflaschen	40 "
Sechflaschen	30 "
per Stück.	

Mehlsäcke sowie auch
andere, ferner Felle etc.
Art verb. angekauft bei

Rosdzial & Herz,
Bjorzheim

Klostermühlengasse 6,
Fernsprecher 2681.

Größere Quantitäten wer-
den mit Preis bevorzugt, entl.
auch abgeholt.



Der deutsche Reichs-
Bresse mit wirt-
schaftlichen
Den. Wenn Fre-
ins Ruhrgebiet
bruch, gegen de-
einlegen werde.

Der französische F-
sehen und dann
handeln wolle,
gelehnt, da De-
das Reparation

England und Un-
Entschlossenheit
neuen Schritt

Im Orient ist
eingetreten zu
der Griechen in
Meldung auf
rechnen. Sollte
Vorfragen im
Poincaré seine
nen Entente u-
mit einer indie-
lassen ist.

Das
Nach

Als Briand a-
die englische Auff-
rationsproblem
verpflichtungen
deutsche Wirtschaft
von dem national-
gebenden Presse
nisterium gestützt
caré wurde von d-
„Bertrag“ sich die
eines bösen Will-
lungsverpflichtung
französischen Poli-
Zusammenhang d-
ches näherzukomm-
Reparationsfrage
Anstich wenigsten
fabrierte Poincaré
die Deutschland ei-
stehende, wenn a-
lung seiner Schuld
immer auf die L-
gen zu übertragen
fluß in viel höher
war, weil es hier
mit Kompensation
zusehen in der L-
Genau, um in jed-
der Angunstündetei-
bestehen, eine Fran-
zur Beratung steh-
bei deren Behand-
der Reparationspo-
Die nächste Etappe
war die Beseitigung
Hilf Frankreichs in
hatte, als daß die
eines verbündeten
Kampf um die Bel-
terlag letzterer, w-
wicklung der orient-
problems zurücker-
nehmen mußte. W-
englische Minister
fühle für Frankreich
politik Poincarés